

# Hüter des religiösen Friedens

Hisham Maizar ist neuer Präsident des Schweizerischen Rats der Religionen. Der bibelkundige Muslim will das Wissen über den Islam in der Gesellschaft verbreiten

Der Arzt Hisham Maizar steht neu dem Schweizer Rat der Religionen vor. Er will dafür sorgen, dass die Muslime in der Schweiz nicht fremd bleiben.

Von Katharina Bracher

Fünfmal am Tag ruft der Muezzin aus den Lautsprechern von Hisham Maizars Notebook, das auf einem Schreibpult am Fenster seines Wohnzimmers steht. Normalerweise folgt Maizar dem Aufruf zum Gebet. Jetzt aber bittet er den Besuch, für ihn mit einem Klick den Muezzin zum Schweigen zu bringen. Der 73-jährige Arzt ist Präsident der grössten islamischen Dachorganisation der Schweiz, der Föderation Islamischer Dachorganisationen, und seit Neujahr Vorsitzender des Schweizerischen Rats der Religionen (SCR). 2006 wurde dieser mit dem Ziel gegründet, den Dialog zwischen den grössten Religionsgemeinschaften zu verstärken. Die Idee geht auf Pfarrer Thomas Wipf zurück, damals Präsident des Evangelischen Kirchenbunds.

Der neue Präsident Maizar ist momentan nicht gut zu Fuss. Als er den Besuch an der Tür seiner St. Galler Wohnung empfing, stützte er sich auf einen Stock. Nun sitzt er am Tisch in seinem lichtdurchfluteten Wohnzimmer. Von Gebrechlichkeit keine Spur mehr. Seine Augen blitzen kampflustig, als man ihn auf seine bisher ärgste Niederlage anspricht - die Annahme der Minarett-Initiative. Schnell wird klar: Der Mann will keine Schonung für sich oder andere. Er ist kein Diplomat.

Sein Vorgänger als Vorsitzender des SCR, Herbert Winter, war da anders. Der Präsident des Israelitischen Gemeindebundes stand als jüdischer Vertreter dem multireligiösen Gremium während der vergangenen drei Jahre vor. Winter, der zweite Präsident des Rats, war in der Öffentlichkeit wenig präsent und gab stets zurückhaltende Stellungnahmen ab. Stets hatte Winter die Risiken vor Augen - nur verpasste er dabei auch Chancen, den Rat in der Öffentlichkeit zu positionieren.

## Mehr Öffentlichkeit

Mit dem neuen Vorsitzenden dürfte sich das ändern. «Ich will dem Rat ein Gesicht in der Öffentlichkeit geben», sagt Maizar. Ausserdem wolle er versuchen, den Sitzungsturnus zu erhöhen. «Bisher trafen wir uns viermal im Jahr. Wir sollten das auf fünf- oder sechsmal im Jahr erhöhen», sagt Maizar. Die Aktivitäten des Rates blieben der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren verborgen - abgesehen von ein paar wenigen, meist in Allgemeinplätzen abgefassten Verlautbarungen. Auch das



Christen seien für ihn nie Ungläubige gewesen - sondern Andersgläubige, sagt Muslim Hisham Maizar. (St. Gallen, 10. Dezember 2013)

solle sich ändern, sagt Maizar. Man wolle jetzt von sich aus regelmässig darüber informieren, welche Themen das Gremium beschäftigten. Doch das allein reiche nicht. «Es braucht eine starke Positionierung des Rats zu religionspolitischen Themen», sagt Maizar und rührt energisch in seinem Kaffee. Er unterbricht sich für eine Weile. Draussen vor dem Fenster liegt St. Gallen unter einer Dunstglocke.

Seine Schwester betritt den Raum. Nachdem sie die Gäste bereits mit Kaffee und Kuchen in Empfang genommen hat, erkundigt sie sich nun nach deren Wohlbefinden. Ihr Haar ist jetzt, nach dem Gebet, gelöst, davor hatte sie es unter einem Kopftuch verborgen. Sie ist Witwe und unterstützt ihren Bruder im Haushalt. Maizars Ehefrau ist vor geraumer Zeit gestorben. Sie stammte aus dem Zillertal

in Österreich und war strenggläubige Christin. Die Ehe war bei weitem nicht Maizars erster Berührungspunkt mit dem christlichen Glauben. «Ich bin in Jerusalem aufgewachsen. Damals hatten wir noch ganz selbstverständlich Kontakt mit unseren Nachbarn, den Christen», erzählt Maizar. Er habe nicht mal realisiert, dass seine Spielkameraden einen anderen Glauben hatten. «Für mich waren das nie Ungläubige - sondern Andersgläubige», sagt Maizar. Er erzählt von der religiösen Vielfalt Jerusalems der 1940er Jahre, wie er mit seinen Nachbarn Weihnachten feierte. Auch dieses Jahr ist er hingefahren. «Jerusalem im Schnee, das müssen Sie sehen», schwärmt er. Doch das Jerusalem von Maizars Kindheit ist heute nur noch Utopie - war es vielleicht schon damals. Er weiss es und sagt doch

nichts dazu. Mit dem christlichen Glauben ist Maizar vertraut. Er liest in der Bibel, kennt die Weihnachtsgeschichte bis ins Detail, erklärt lange die Berührungspunkte von Islam und Christentum. «Manchmal neigt er zum Dozieren, doch seine Art ist authentisch», sagt ein Weggefährte über ihn. Bei ihm wisse man immer, woran man sei.

Maizar gilt als moderater Muslim. Manch einer zweifelt an seiner Legitimation als Vertreter der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz: seit 44 Jahren im Land, ein Arzt, der sich in mehreren Sprachen verständigen kann. Diese Kritik lässt Maizar kalt. «Ich kann die Muslime nicht vertreten - das müssen sie selbst tun», erwidert er. Er vertrete hier aber die islamischen Interessen. «Was mich mit einem konvertierten Schweizer Muslim, mit einem Pakistaner, einem Albaner, einem Somalier verbindet, ist die Religion», sagt er. Er sieht sich als Repräsentant eines islamischen Mainstreams. In diesem gebe es keinen Platz für extremistische Ansichten. Den radikalen Vertretern des Islamischen Zentralrats hält er trotzdem eine Tür offen. «Wenn sie von ihren extremistischen Ansichten abkommen und dem Terrorismus abschwören wollen, bin ich zum Gespräch bereit», sagt Maizar.

## Ein schwieriger Start

Im zehnköpfigen Rat der Religionen sitzt neben Maizar ein zweiter Muslim - der iranische Soziologe Farhad Afshar, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen (Kios). Er gilt als Vertreter eines konservativen Islams. Sein Votum für eine teilweise Berücksichtigung der Scharia im Schweizer Rechtssystem löste reihum Unverständnis aus. Maizar macht kein Hehl daraus, dass es zu Anfang nicht gerade dicke Freundschaft war, was die beiden verband. Doch spätestens seit dem Kampf gegen die Minarett-Initiative, den sie gemeinsam bestritten, haben sie einen Weg gefunden, zusammenzuarbeiten. «Afshar wird oft von den Journalisten als undurchsichtig und zu konservativ kritisiert - zu Unrecht. Ich habe ihn anders kennengelernt», sagt Maizar. Er selbst wolle neutralisierend wirken auf die unterschiedlichen Strömungen seiner Glaubensgemeinschaft. Seine zwei Jahre als Vorsitzender des Rats der Religionen will er dazu nutzen, das Wissen über seine Religion in der Gesellschaft zu verbreiten.

Der Muezzin aus dem Notebook schaltet sich zum zweiten Mal ins Gespräch ein. Maizar erhebt sich mit einer Entschuldigung und greift nach seinem Stock. Etwas Wichtiges will er noch sagen. «In den 1970er Jahren waren es noch etwas über 16 000 Muslime in der Schweiz. Heute sind wir zwischen 450 000 und 480 000», sagt Maizar. «Ich will dafür sorgen, dass wir nicht fremd bleiben.»

## Öffentlichrechtliche Anerkennung

# Gutachten stützt Forderung nach islamischer Landeskirche

Könnte auch der Islam als Landeskirche anerkannt werden? Dieser Frage sind Adrian Loretan, Professor für Staatskirchenrecht an der Universität Luzern, und seine Mitautoren in einem Rechtsgutachten nachgegangen. «Die öffentlichrechtliche Anerkennung unserer Religionsgemeinschaft ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Integration der Schweizer Muslime», sagt Hisham Maizar, Präsident der Föderation islamischer Dachorganisationen in der Schweiz (FIDS). Sie hat das Gutachten mit der zweiten grossen islamischen Dachorganisation, der Koordination Islamischer Organisationen, in Auftrag gegeben. Die Anerkennung hätte einen starken finanziellen Anreiz für die muslimischen Organisationen, weil damit das Recht verbunden wäre, von ihren Mitgliedern Steuern zu erheben, die der Staat für sie einzieht, sagt Maizar. Das Rechtsgutachten liefere den Muslimen ein Musterstatut, mit dessen Hilfe die muslimischen

Verbände auf Kantonsebene die Anerkennung ihres Glaubens beantragen können.

Gemäss Gutachten ist die Forderung der Muslime nach einer öffentlichrechtlichen Anerkennung legitim. «Der Staat darf keine Religion bevorzugen - er ist zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet», sagt Loretan. Das Gutachten zeigt auf, wie der Weg zur Anerkennung aussehen könnte, und formuliert Anforderungen an die islamischen Organisationen. «Die Anerkennung muss kantonal erfolgen», sagt Loretan. Jeder Kanton kennt andere Verfahren, die zur Anerkennung führen. Eines ist laut Loretan aber klar: «Es braucht mindestens einen Parlamentsentscheid - in vielen Fällen wird das Volk über die Frage abstimmen.»

Doch bevor es zu so einem demokratischen Entscheid kommen kann, muss die Frage geklärt werden, ob die Muslime überhaupt die organisatorischen und staatsrechtlichen Anforderun-

gen erfüllen, die an eine Landeskirche gestellt werden. Auch das hat Loretan untersucht. «Die Verbände der Muslime in der Schweiz existieren über eine genügende Dauer. Noch haben sie jedoch nicht nachgewiesen, dass sie legitime Repräsentanten der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz sind», sagt Loretan. Die Organisationen müssten unter anderem die Finanzierung transparent machen und nach rechtsstaatlichen Prinzipien strukturiert sein. «Es braucht demokratische Parallelstrukturen, die für alle Mitglieder offen sind - wie in den Landeskirchen etwa die Kirchgemeinde», erklärt Loretan. Das könnte eine Knacknuss darstellen. Denn es bedeutet, dass auch Frauen Mitspracherecht gewährt werden muss und ihnen alle Ämter offenstehen müssen. Maizar vertritt die Meinung, dass die islamische Gemeinschaft den Grossteil der Voraussetzungen bereits erfülle: «Zwar haben wir in unseren Verbänden und Vereinen noch

wenig aktive Frauen - aber die prinzipielle Offenheit besteht.» Loretan kommt zum Schluss, dass die öffentlichrechtliche Anerkennung für die Muslime in der Schweiz einen wichtigen Integrationsschritt bedeuten würde. Befürchtungen, die Steuergelder, die der Staat für die Muslime eintreiben würde, könnten in die Hände von Extremisten gelangen, hält er für nicht berechtigt. «Heute hat die Öffentlichkeit keinerlei Informationen darüber, wie sich die muslimischen Gemeinden finanzieren. Die Gefahr einer ausländischen Einflussnahme ist so viel grösser», sagt Loretan. Er zieht einen Vergleich mit Österreich, wo der Islam seit 1912 per Gesetz anerkannte Religion ist, was weitreichende Folgen für die Integration der muslimischen Bevölkerung habe. «Die Bosnier etwa gehören seit hundert Jahren selbstverständlich zur Rechtskultur Österreichs - in der Schweiz ist die Integration weniger weit fortgeschritten», sagt



Minarett und Kirchturm: Muslimische Gemeinschaften wollen staatliche Anerkennung. (Wangen bei Olten, 5. 10. 2009)

Loretan. Bis zur Anerkennung des Islams als Landeskirche würden aber sicher noch einige Jahre vergehen, sagt Loretan. Er rät den Muslimen, nicht mit der Tür ins Haus zu fallen und in kleinen Schritten vorzugehen. Etwa könnte man in einem liberalen Kanton mit hohem Muslim-Anteil zuerst die sogenannte kleine Anerkennung beantragen. Das würde bedeuten, dass die Religionsgemeinschaft vom Kanton öffentlich anerkannt wird, das Steuerrecht jedoch ausgenommen bleibt. «So wird die öffentliche Diskussion angestoßen», sagt Loretan. Er würde dazu raten, im Kanton Basel-Stadt den ersten Schritt zu unternehmen.

Um das weitere Vorgehen zu planen, will nun Maizar in den kommenden Monaten ein Treffen der muslimischen Spitzenvertreter organisieren. Dann wird sich zeigen, wo die Debatte um die öffentlichrechtliche Anerkennung des Islams eröffnet wird. Katharina Bracher